

Antrag 114/II/2025**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Social Media zu einem sicheren Umfeld für Kinder und Jugendliche machen**

- 1 Wir unterstützen das Ziel, Kinder und Jugendliche bes-
2 ser vor schädlichen Inhalten auf und Gesundheitsgefahr-
3 ren durch übermäßige Nutzung von Social Media Plattfor-
4 men zu schützen. Eine allgemeine Identifizierungs- oder
5 Altersnachweispflicht sind hierfür aber weder technisch
6 noch gesellschaftlich der richtige Weg. Vielmehr braucht
7 es eine Regulierung der Plattformen, um diese für Kindern
8 und Jugendliche zu einem sichereren Ort der digitalen Öff-
9 fentlichkeit zu machen, an dem sie teilhaben können.
- 10
- 11 Wir lehnen ein pauschales staatliches Social-Media-
12 Verbot für Minderjährige daher ab. Gleichzeitig sehen wir
13 die Einführung verpflichtender Altersverifikationssysteme
14 im Internet kritisch.
- 15
- 16 Stattdessen fordern wir die Verpflichtung von Social-
17 Media-Anbietern, einen digitalen Raum zu schaffen, der
18 für alle Menschen geeignet ist und gleichberechtigte Teil-
19 habe aller Personen ermöglicht.
- 20
- 21 Insbesondere fordern wir ein Verbot von manipulativen
22 Techniken, personalisierter Werbung und abhängig ma-
23 chenden Algorithmen sowie eine stärkere Verpflichtung
24 von Social Media Plattformbetreibern, gemeldete Inhalte
25 zu prüfen und strafbare sowie jugendgefährdende Inhalte
26 auf ihren Plattformen konsequent zu löschen.
- 27
- 28 Plattformen sollen darüber hinaus verpflichtet werden,
29 Profile speziell für Kinder und Jugendliche bereitzustellen,
30 die freiwillig genutzt werden können.
- 31
- 32 Gleichzeitig fordern wir den Ausbau von schulischen
33 und außerschulischen Bildungsangeboten zum verant-
34 wortungsvollen Umgang mit Social Media, das sich so-
35 wohl an Kinder und Jugendliche als auch an Eltern, Erzie-
36 hungsberechtigte und Lehrer*innen richtet.
- 37
- 38 Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem Schulfach
39 Medienumgang und Medienkompetenz.
- 40
- 41 Die SPD setzt sich außerdem für die verstärkte Verwen-
42 dung nicht-profitorientierter Social Media Plattformen
43 ein.
- 44
- 45 **Begründung**
- 46 Die Debatte um die Nutzung von Social Media durch Kin-
47 der und Jugendliche zeigt, dass diese Plattformen längst

48 ein Ort der öffentlichen Debatte und der sozialen Teilha-
49 be geworden sind. Vereine und Initiativen informieren auf
50 Social Media über ihre Tätigkeit, Nachrichtenportale pos-
51 ten aktuelle Neuigkeiten auf ihren Profilen und sogar Be-
52 hörden und Parteien nutzen Social Media als Kanal der po-
53 litischen Debatte.

54

55 Ein pauschales staatliches Verbot von Social Media für
56 Minderjährige oder unter 16-Jährige würde daher nicht
57 nur den Austausch von Kindern und Jugendlichen unter-
58 einander gefährden, sondern ihre gesellschaftliche Teil-
59 habe an Orten der öffentlichen Debatte einschränken.
60 Kindern und Jugendlichen würde durch ein Verbot der
61 Nutzung von Social-Media-Plattformen ein wichtiger
62 Informations- und Diskussionskanal verwehrt und ihr in
63 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nation festge-
64 schriebenes Recht auf gesellschaftliche Teilhabe verletzt.

65

66 Die aktuelle technologische Ausgestaltung profitorien-
67 tierter Social-Media-Plattformen basiert auf dem ver-
68 stärkten Ausspielen polarisierender Inhalte und gezielter
69 Beeinflussung von Nutzer*innen. Die Plattformen erstel-
70 len für die Werbeindustrie durch Datensammlung zielge-
71 naue Profile ihrer Nutzer*innen und verkaufen die so ge-
72 sammelten personenbezogenen Daten an Werbetreibende.
73 Diesen Plattformen staatliche verifizierte Daten über
74 die Altersstruktur ihrer Nutzer*innen zur Verfügung zu
75 stellen birgt erhebliche Gefahren des Missbrauchs und der
76 gezielten Manipulation durch die Plattformbetreiber*in-
77 nen.

78

79 Die Risiken, die sich für Kinder und Jugendliche im digita-
80 len Raum ergeben, verschwinden nicht mit dem Erreichen
81 des 18. Lebensjahres. Auch für volljährige Personen unter-
82 liegt die Nutzung von Social Media dem algorithmischen
83 Entscheidungssystem der Plattformbetreiber, das polari-
84 sierende Inhalte bevorzugt.

85

86 Es ist daher zu hinterfragen, ob solche Plattformen unter
87 den aktuellen Ausgestaltungen und Voraussetzungen tat-
88 sächlich als Orte der öffentlichen Debatte geeignet sind.
89 Stattdessen sind die Plattformbetreiber stärker auf die
90 Moderation der auf der Plattform verbreiteten Inhalte zu
91 verpflichtet. Auch besser geschützte und moderierte Pro-
92 file speziell für Kinder und Jugendliche wären hier sinn-
93 voll.

94

95 Auch technisch sind Altersverifikationssysteme zum jet-
96 zigen Zeitpunkt nicht ausgereift. Vermeintliche Lösungen
97 mit hinterlegten Ausweisdokumenten sind exklusive, da
98 sie auch volljährige Personen ohne gültige, digital einsetz-
99 bare Ausweise von der gesellschaftlichen Teilhabe aus-
100 schließen. Kinder und Jugendliche verfügen in der Regel

101 überhaupt nicht über solche Ausweise. Für solche Systeme
102 bedarf es zudem digitaler staatlicher Infrastrukturen,
103 die mit offenen Schnittstellen als Altersverifizierungsstellen
104 dienen, gegen die Plattformbetreiber ein vorgelegtes
105 Dokument prüfen. Diese Infrastrukturen müssen sicher
106 gestaltet sein, da sie als zentrale Datensenke viele sensible
107 personenbezogene Daten speichern und daher ein lukratives
108 Ziel für staatlich und nicht-staatlich motivierte Hacker*innen
109 darstellen. Alternativ, wenn man den Plattformbetreibern die
110 Verifizierung selbst überlässt, besteht die Gefahr, dass die
111 Anbieter auf zu viele Daten zugreifen und diese zu Werbezwecken
112 verkaufen.

113

114 Andere technische Altersverifikationssysteme, wie biometrische
115 Altersabgleiche, sind extrem fehleranfällig und können keine
116 verlässliche Aussage darüber treffen, ob eine Person 17 Jahre oder
117 19 Jahre alt ist.

118

119 Effektiv treffen Altersbeschränkungen und Altersverifikationen
120 nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern alle Nutzer*innen,
121 da sich alle volljährigen Personen bei der Accounterstellung
122 ausweisen müssten. Wer sich nicht ausweisen kann, wird von
123 digitaler Teilhabe ausgesperrt.

124

125 Statt über vermeintlich naheliegende technische Lösungen
126 für gesellschaftliche Probleme zu debattieren, sind wir in der
127 Pflicht, das Problem mit profitorientierten Social Media
128 Plattformen ganzheitlich zu betrachten und dieses in einen
129 gesamtgesellschaftlichen Kontext zu setzen. Es ist daher
130 notwendig, die Anbieter zu verpflichten, einen sicheren Raum
131 für alle zu schaffen, indem manipulativen, algorithmisch
132 gesteuerten Empfehlungssystemen ein Ende gesetzt wird und
133 auf den Plattformen eine echte Moderation der Inhalte
134 stattfindet.